

# RS Lvwg 2018/5/17 405-9/514/1/11-2018

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 17.05.2018

## Rechtssatznummer

1

## Entscheidungsdatum

17.05.2018

## Index

40/01 Verwaltungsverfahren

L92105 Behindertenhilfe Rehabilitation Salzburg

## Norm

VwGVG §27

BehindertenG Slbg 1981 §17

AVG §3Z3

BehindertenG Slbg 1981 §18 Abs1

## Rechtssatz

Im Fokus des S.BG steht der Mensch mit Behinderung (vgl § 1 Abs 1 leg cit) und bestimmt § 18 Abs 1 S.BG den Menschen mit Behinderung als Anspruchsberechtigten der Eingliederungshilfe (ausgenommen bei Hilfen nach § 9 und §11 S.BG). Als Beteiligter im Sinn des § 3 Z 3 AVG ist folglich der Mensch mit Behinderung anzusehen, sodass sich mangels anderer in Frage kommender territorialer Anknüpfungspunkte die örtliche Zuständigkeit der sachlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde für die Auferlegung einer Leistung nach § 17 S.BG anlässlich gewährter Eingliederungshilfe zunächst nach dem Hauptwohnsitz des zum Kostenbeitrag bzw Kostenersatz verpflichteten Menschen mit Behinderung richtet.

## Schlagworte

Sozialrecht, Behindertengesetz, örtliche Zuständigkeit, Kostenbeitrag, Hauptwohnsitz

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:LVWGSA:2018:405.9.514.1.11.2018

## Zuletzt aktualisiert am

26.07.2018

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)